

Hamm, 10.07.2009

Presseerklärung

Unverständnis über Ablösung des Leiters der StA Mönchengladbach

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen hat kein Verständnis für die Reaktion der Justizministerin auf die in der jüngsten Vergangenheit bekannt gewordenen sogenannten Justizpannen. Die verschiedenen Fälle treffen nicht in erster Linie die Staatsanwaltschaft Mönchengladbach, vielmehr enthalten die maßgeblichen die Haftbefehle betreffenden Beschlüsse des Oberlandesgerichts und des Bundesverfassungsgerichts Hinweise auf Verzögerungen auch bei anderen Justizstellen.

Der Bund der Richter und Staatsanwälte wiederholt nochmals ausdrücklich, dass die personelle Unterbesetzung der Justiz in Nordrhein-Westfalen das Hauptproblem bei deren Struktur ist. **Seit Jahren hat sich nichts daran geändert**, dass 500 Richter und 200 Staatsanwälte fehlen. Logisch ist, dass bei solcher **ständiger** Überlastung (117% bei den Richtern, 130% bei den Staatsanwälten, gemessen an den zu bewältigenden Arbeitsaufgaben) die Wahrscheinlichkeit des Eintritts von Fehlern - auch Fehlern Einzelner – viel größer ist als bei einer Personalbedarfsdeckung von 100 %.

Auch die Staatsanwaltschaft Mönchengladbach liegt insoweit durchaus im Landesschnitt.

Der Vorsitzende des Bundes der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen, Reiner Lindemann, hierzu:

„Die bisher bekannt gewordenen Einzelfälle geben weiter Anlass, die Politik dringend dazu aufzurufen, die Staatsanwälte und Richter des Landes nicht länger unter Dauerüberlastung arbeiten zu lassen. Justizministerium und Finanzministerium müssen diese Missstände umgehend gemeinsam abstellen. Die verantwortlichen Haushaltspolitiker im Landtag müssen einsehen, dass der funktionierende Rechtsstaat mehr Geld kostet, als sie bisher zu geben bereit sind. Die Justiz ist eine der wichtigsten Grundfesten eines solchen Rechtsstaats.

Der Hinweis aus einer Regierungsfraktion, dass die Eingänge bei der Staatsanwaltschaft Mönchengladbach um 20 % abgenommen hätten, verzerrt die Verhältnisse vor Ort. Es fehlt zum Einen der Vergleichsfaktor, zum Anderen müsste auf den in jüngster Zeit zu verzeichnen gewesenen Anstieg durch sogenannte Massenverfahren hingewiesen werden, ferner fehlt jeder Hinweis auf die erheblichen Bestandszahlen, die sich durch jahrelange Überlastung – bei nahezu allen Justizbereichen – angesammelt haben. Es besteht der Verdacht, dass Ursache und Wirkung verkannt werden.“

Bei weiteren Rückfragen wenden Sie sich bitte an: RAG Reiner Lindemann: 0171/6458244

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen ist mit über 3100 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.